

# 1 Mehr Mut zur Sozialen Marktwirtschaft!

## 2 Perspektiven der Handwerkspolitik für Nordrhein-Westfalen

3  
4 Das Handwerk ist ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Mit seinen 1,1 Millionen Be-  
5 schäftigten ist das Handwerk eine große Stütze für den Arbeitsmarkt in Nordrhein-  
6 Westfalen, mit seinen knapp 80.000 Auszubildenden bietet es vielen jungen Menschen  
7 ungeachtet ihrer Herkunft attraktive Karriereperspektiven, und mit seinen rund 189.000  
8 Betrieben steht das Handwerk für eine mittelständische Unternehmerkultur, die Frei-  
9 heit und Verantwortung miteinander verknüpft. Handwerker stehen für die bürgerliche  
10 Mitte unserer Gesellschaft, weil sie auf Selbstverantwortung setzen und sich auf viel-  
11 fältige Weise im gesellschaftlichen Leben der Kommunen, der Kirchen, der Verbände  
12 und Vereine engagieren. Damit verkörpert das Handwerk die Ordnungsprinzipien der  
13 Sozialen Marktwirtschaft. Unser Land Nordrhein-Westfalen braucht eine konsequente  
14 Politik für Handwerk und Mittelstand, die Rahmenbedingungen für einen fairen Leis-  
15 tungswettbewerb setzt und den Weg für selbstverantwortliches Unternehmertum, für  
16 Beschäftigung und für Ausbildung frei macht. Wir setzen damit auf Selbstbestimmung  
17 und Selbstverantwortung als Grundlagen der Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik.  
18 Damit geben wir ein klares Signal gegen den wirtschaftlichen Stillstand unseres Lan-  
19 des. Zu wenig war die Landespolitik über Jahrzehnte hinweg darauf ausgerichtet, die  
20 ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort zu verbessern  
21 und Wachstumsimpulse auszulösen. Vor allem hat man versäumt, konsequent auf die  
22 dezentralen und kreativen Kräfte im mittelständischen Unternehmertum zu setzen. So  
23 ist Nordrhein-Westfalen hinter andere Bundesländer zurückgefallen:

- 24 • Seit 1991 wächst die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu den  
25 übrigen westdeutschen Bundesländern unterdurchschnittlich. Der Wachstums-  
26 rückstand hat sich mittlerweile auf etwa 10 Prozentpunkte aufaddiert, dem Land  
27 gehen hierdurch jährliche Steuereinnahmen von 3 Mrd. Euro verloren.
- 28 • Die De-Industrialisierung hat sich fortgesetzt: 2014 lag der Anteil des produzie-  
29 renden Gewerbes in Nordrhein-Westfalen mit nur noch 19,5% gut 12% unter  
30 dem Bundesschnitt.
- 31 • Seit 2010 hat Nordrhein-Westfalen knapp 3500 ha. Industrie- und Gewerbeflä-  
32 che verloren.
- 33 • Die Arbeitslosigkeit und andere Indikatoren für sozialpolitische Probleme sind  
34 erschreckend hoch: So lag die Arbeitslosenquote 2015 um 25% über dem Bun-  
35 desschnitt. Seit Amtsantritt der Regierung Kraft 2010 ist die Kinderarmutsquote  
36 zudem in keinem anderen Bundesland so stark angewachsen wie zwischen  
37 Rhein und Weser.
- 38 • Das Bildungssystem weist erhebliche Leistungsdefizite auf.
- 39 • Die Innovationskraft unseres Landes fällt hinter andere Bundesländer zurück,  
40 Nordrhein-Westfalen landet bei den Forschungs- und Entwicklungsausgaben  
41 lediglich auf Platz 9 der Länder.

42  
43 In den letzten sechs Jahren sind viele Weichen falsch gestellt worden. Darunter leidet  
44 auch das Handwerk:

- 45 • Das Tariftreue- und Vergabegesetz belastet Kommunen und Wirtschaft mit  
46 überflüssiger Bürokratie und verfehlt seine sozialpolitischen Zielsetzungen.  
47 • Die ungebremschte Verschuldungspolitik des Landes schwächt die wirtschaftliche  
48 Leistungskraft des Landes, hemmt Investitionen in Bildung und Infrastruktur und  
49 verhindert eine vorsorgende, tragfähige Sozialpolitik.  
50 • Mit einer verfehlten Kommunalfinanzpolitik werden die Kommunen mittelbar zur  
51 Erhöhung der Hebesätze bei der Grund- und Gewerbesteuer getrieben, so dass  
52 Nordrhein-Westfalen mit weitem Abstand Hochsteuerland für Handwerk und  
53 Mittelstand ist.  
54 • Beim Breitbandausbau gibt es erhebliche Defizite, die vor allem die Entwicklung  
55 des ländlichen Raums hemmen. Auch die marode Verkehrsinfrastruktur behin-  
56 dert die Wirtschaft.  
57 • Beim Landesentwicklungsplan und bei zahlreichen Ressortkonflikten zwischen  
58 Wirtschafts- und Umweltministerium wurde offenkundig, dass die Landesregie-  
59 rung wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht als  
60 Priorität sieht.

61

## 62 **Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen für das Handwerk**

63 Für einen grundlegenden Kurswechsel in Nordrhein-Westfalen für eine stärkere Wirt-  
64 schaft, für bessere Bildung und für mehr soziale Integration setzen wir auf ein starkes  
65 Handwerk und eine attraktive Berufsbildung! Nordrhein-Westfalen kann mehr, wenn  
66 wir nur die Kräfte der Unternehmen und Beschäftigten freisetzen und die lähmende  
67 Bevormundung und Gängelung durch die Politik beenden.

- 68 • Dem Handwerk ist in den letzten Jahren durch die rot-grüne Landesregierung  
69 großer Schaden entstanden, weil beihilferechtliche Fragen bei den bewährten  
70 Instrumenten der Handwerksförderung nicht rechtzeitig geklärt wurden.  
71 Dadurch wurden erfolgreiche Förderinstrumente wie die Meistergründungsprä-  
72 mie unterbrochen, manche wie der Technologietransferring lief sogar ersatzlos  
73 aus. Die Umstellung von Förderinstrumenten von Landesmitteln auf EFRE-Mit-  
74 tel schafft aufgrund der besonderen Anforderungen bürokratische Hemmnisse  
75 für Maßnahmen zur Gewerbeförderung und zur Bildungsstättenfinanzierung.  
76 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Handwerksförderung durch das Land  
77 wieder verlässlich und berechenbar wird, damit insbesondere die Förderung  
78 von Existenzgründern im Handwerk, die organisationseigene Unternehmens-  
79 beratung und die Innovationsförderung gewährleistet werden.  
80 • Wir werden uns für eine Sanierung der öffentlichen Haushalte einsetzen und  
81 damit die Voraussetzung dafür schaffen, dass insbesondere für das Handwerk  
82 die Steuerbelastung z.B. durch die Grunderwerbssteuer oder durch kommunale  
83 Steuern und Hebesätze zurückgeführt wird. Vor allem werden wir uns für die  
84 Vermeidung der „kalten Progression“ im Einkommensteuerrecht einsetzen.  
85 • Gerade nach den Verwerfungen durch die Finanzmarktkrise und die Staats-  
86 schuldenkrise in Europa ist es wichtig, dass das Handwerk verlässliche Finan-  
87 zierungsbedingungen am Kapitalmarkt findet. Wir sehen hier eine besondere  
88 Verantwortung und Stärke der regionalen Volks- und Raiffeisenbanken sowie

89 der Sparkassen. Insbesondere die Sparkassen müssen die Mittelstandsfinan-  
90 zierung als Kernaufgabe wahrnehmen und dürfen davon nicht abgehalten wer-  
91 den, indem sie zur Haushaltsfinanzierung ihrer Trägerkommunen herangezo-  
92 gen werden. Wir machen uns dafür stark, dass die mittelständisch orientierte  
93 Bankenlandschaft in Deutschland erhalten bleibt und dass nicht eine falsche  
94 Finanzmarktregulierung die Mittelstandsfinanzierung insbesondere bei der De-  
95 finition der Eigenkapitalquoten und bei der Risikogewichtung für Mittelstands-  
96 kredite erschwert. Es ist nicht akzeptabel, dass bei der Finanzmarktregulierung  
97 Hindernisse für die Mittelstandsfinanzierung geschaffen werden.

- 98 • Uns ist es ein besonderes Anliegen, dass die Kommunen landespolitische Rah-  
99 menbedingungen erhalten, die ihnen eine mittelstandsorientierte Politik erlau-  
100 ben. Mögliche Interessenkonflikte, die sich aus der wirtschaftlichen Betätigung  
101 der Kommunen zwischen der örtlichen Wirtschaft und der jeweiligen Kommune  
102 ergeben können, wollen wir ausgleichen. In den Fällen, in denen eine wirtschaft-  
103 liche Betätigung der öffentlichen Hand vertretbar ist und eine Konkurrenzsitua-  
104 tion zu privaten Anbietern entsteht, müssen sich öffentliche Unternehmen auch  
105 dem fairen Leistungswettbewerb stellen. Die Kommunen brauchen Rechtsi-  
106 cherheit, wenn sie über ihre Unternehmen öffentliche Funktionen der Daseins-  
107 vorsorge in der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung wahrnehmen. Leistungs-  
108 fähige kommunale Anbieter können gerade beim Ausbau der dezentralen Ener-  
109 gieversorgung und bei der Stärkung des Wettbewerbs im Energiemarkt eine  
110 wichtige Rolle spielen. Deshalb sollten sie sich auf den Energiemärkten zu glei-  
111 chen Wettbewerbsbedingungen wie privatwirtschaftliche Anbieter und auch  
112 über das eigene Gemeindegebiet hinaus betätigen können. Allerdings ist es ge-  
113 rade aus handwerks- und mittelstandspolitischer Sicht wichtig, dass die Kom-  
114 munen die Grenzen der wirtschaftlichen Betätigung im Sinne von § 107 der Ge-  
115 meindeordnung beachten. Viele Kommunen tun das und haben dazu auch ver-  
116 lässliche Vereinbarungen mit dem örtlichen Handwerk abgeschlossen. Es gibt  
117 jedoch auch Beispiele dafür, dass die wirtschaftliche Betätigung von Kommu-  
118 nen in Märkte des Handwerks eindringt, ohne dass dies durch einen öffentlichen  
119 Zweck gerechtfertigt werden kann. Um dies zu verhindern, sind zum einen die  
120 Aufsichtsräte der kommunalen Unternehmen und zum anderen die Kommu-  
121 nalaufsicht gefordert. Deshalb brauchen wir eine wirksame und voll umfängliche  
122 Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung durch die Kommunalaufsicht – insbe-  
123 sondere für finanzschwache Kommunen. Diese dürfen nicht aus finanzieller Not  
124 dazu verleitet werden, ihre wirtschaftliche Betätigung zu überdehnen und damit  
125 die lokale Wirtschaft, auf deren Steuerertrag sie angewiesen sind, zu schwä-  
126 chen. Wir sind davon überzeugt, dass sich eine handwerks- und mittelstands-  
127 orientierte Politik letztlich sowohl für die lokale Wirtschaft als auch für die Kom-  
128 munen auszahlt.
- 129 • Land und die Kommunen haben gemeinsam große Verantwortung dafür, dass  
130 die öffentliche Infrastruktur für Verkehr und Breitband leistungsfähig ist und  
131 dass Betriebe gute Standortbedingungen haben. Wir werden uns deshalb für

- 132 eine Sanierung der Verkehrsinfrastruktur einsetzen und die planungsrechtli-  
133 chen Voraussetzungen dafür verbessern, dass mittelständische Betriebe geeig-  
134 nete Gewerbestandorte finden oder Erweiterungsmöglichkeiten an vorhande-  
135 nen Standorten haben.
- 136 • Wir müssen die Bürokratiebelastung kleiner und mittlerer Betriebe deutlich re-  
137 duzieren, und vor allem müssen wir vermeiden, dass bürokratische Hemmnisse  
138 faktisch zu Wettbewerbsnachteilen von kleinen und mittleren Betrieben gegen-  
139 über anderen Anbietern führt, wie dies bei der „Hygiene-Ampel“ der Fall zu wer-  
140 den droht. Das Land muss sich darauf beschränken, EU-Standards 1:1 zu über-  
141 nehmen, und muss auf allen Ebenen zur Vermeidung mittelstandsfeindlicher  
142 Bürokratie einsetzen. Deswegen lehnen wir in der Verkehrspolitik auch Pläne  
143 für eine „Blaue Plakette“ ab.
  - 144 • Die Vergabep Praxis muss mittelstandsfreundlicher gestaltet werden. ÖPP-Pro-  
145 jekte können für manche Investitionen der richtige Weg sein, allerdings muss  
146 dabei vermieden werden, dass die Vergabe an Generalunternehmer mittelstän-  
147 dische Bieter aus dem Handwerk ausgrenzt. Für uns ist auch nicht akzeptabel,  
148 dass Kommunen privatrechtliche Kooperationen eingehen, um damit Verpflich-  
149 tungen aus dem öffentlichen Vergaberecht zu umgehen. Das Land und die  
150 Kommunen müssen sich auf eine mittelstandsfreundliche Vergabe in Fach- und  
151 Teillosten verpflichten. Voraussetzung dafür ist auch, dass die personelle Aus-  
152 stattung der Vergabestellen im Rahmen von Prioritätensetzungen verbessert  
153 wird und damit die Qualität der Ausschreibungen erhöht wird.
  - 154 • In einem stark von Energieerzeugung und energieintensiven Industrien gepräg-  
155 ten Land wie Nordrhein-Westfalen ist eine ordnungspolitisch ausgerichtete  
156 Energiepolitik unverzichtbar. Wir sehen hier das Handwerk als wichtigen Akteur  
157 – insbesondere bei dezentralen Konzepten der Energieerzeugung. Wir setzen  
158 bei der Energieversorgung auf eine marktwirtschaftliche Ordnung mit fairen  
159 Wettbewerbsbedingungen, die den Endkunden Wahlfreiheit gewährt und ohne  
160 Anschlusszwänge auskommt. Wir wollen ein partnerschaftliches Verhältnis von  
161 Handwerk und Kommunen fördern, weil wir überzeugt sind, dass dies den Zie-  
162 len der lokalen Klima- und Energiepolitik am besten dient. Besondere Bedeu-  
163 tung hat das Handwerk als Partner für Maßnahmen zur energetischen Sanie-  
164 rung, zur Energieeffizienz und zur Innenraumhygiene. Die derzeitige Energie-  
165 und Klimapolitik in Bund und Land nutzt diese Potentiale zu wenig.
  - 166 • Im Wohnungsbau und in der Gebäudesanierung stehen wir in den kommenden  
167 Jahren durch den demographischen Wandel und durch die Zuwanderung von  
168 Flüchtlingen vor großen Herausforderungen. Wir werden die Landesbauord-  
169 nung und andere Vorschriften kritisch unter die Lupe nehmen, um widersprüch-  
170 liche Vorschriften, unnötige Kostentreiber und hinderliche Standards zu vermei-  
171 den. Das hilft nicht nur dem Handwerk als Auftragnehmer, sondern ist auch die  
172 Antwort auf gesellschaftspolitische und städtebauliche Herausforderungen vor  
173 denen wir in Nordrhein-Westfalen stehen.
  - 174 • Das Handwerk leidet in vielen Bereichen darunter, dass bei technischen Nor-  
175 mierungen auf allen Ebenen Belange von Handwerk und Mittelstand zu wenig

176 berücksichtigt werden und dass oftmals industrielle Hersteller von Systemtech-  
177 nologien die Standards definieren, die von der Politik übernommen werden. Wir  
178 werden uns dafür einsetzen, dass die institutionelle Einbindung des Handwerks  
179 in Normierungsverfahren verbessert wird.

180 • Das Mittelstandsförderungsgesetz läuft 2017 aus. Wir fordern eine sorgfältige  
181 Evaluation des Gesetzes und insbesondere der Arbeit der Clearing-Stelle Mit-  
182 telstand, damit sichergestellt ist, dass es nicht bloß zu einer Entfristung des  
183 Gesetzes kommt, sondern dass auch die Selbstverpflichtung von Landtag und  
184 Landesregierung zur Mittelstandsorientierung verbindlicher wird. Insbesondere  
185 die Wirksamkeit des Clearing-Verfahrens muss unseres Erachtens deutlich ver-  
186 bessert werden, wenn das Gesetz mehr als politische Kosmetik sein soll.

187

## 188 **Handwerk und Innovation**

189 Wir bringen Nordrhein-Westfalen nicht voran, indem wir alte Strukturen vor Verände-  
190 rungen abschirmen. Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen eine attraktive Innovations-  
191 kultur, in der Wissenschaft und Wirtschaft zusammenwirken. Auch das Handwerk  
192 muss in diesen Innovationsprozess eingebunden werden. Das Handwerk spielt eine  
193 wichtige Rolle als Transmissionsriemen, der Innovationen in den Markt und zum Kun-  
194 den bringt. Es spielt aber auch eine wichtige Rolle als realistischer Ideengeber, damit  
195 Forschung und Entwicklung marktfähige Innovationen hervorbringen. Insbesondere  
196 die Digitalisierung bringt für das Handwerk technologische Innovationen, neue Ge-  
197 schäftsmodelle und veränderte Wettbewerbssituationen mit sich. Diese Chancen wol-  
198 len wir nutzen.

199 • Für „Wirtschaft 4.0“ ist eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur unabdingbar.  
200 Darüber hinaus sind mit dem Übergang zur digitalen Wirtschaft viele andere  
201 Fragen berührt: die Sensibilisierung und Unterstützung von Betrieben in Fragen  
202 der IT-Sicherheit, der Datensicherheit und des Datenschutzes, der Ausbau der  
203 Kooperationsfähigkeit von Unternehmen bei integrierten Projektplanungen oder  
204 die Klärung von wettbewerbsrechtlichen Fragen der „Plattform“-Ökonomie. Wir  
205 werden uns insbesondere dafür einsetzen, dass alle rechtlichen Fragen der di-  
206 gitalen Wirtschaft die Belange des Handwerks und des Mittelstandes berück-  
207 sichtigen. Grundlegend für einen fairen Leistungswettbewerb ist insbesondere,  
208 dass die Kunden die Hoheit über ihre Daten behalten und handwerkliche Un-  
209 ternehmen mit der Wartung und Reparatur von Geräten und Fahrzeugen be-  
210 auftragen können.

211 • Das Handwerk braucht in Zukunft wieder verlässliche Beratungsstrukturen, die  
212 den Technologietransfer in die Betriebe des Handwerks ermöglichen. Wir sehen  
213 eine zentrale Aufgabe der Handwerkspolitik darin, Innovationsprozesse im  
214 Handwerk zu unterstützen und das Handwerk als Partner in Innovationsnetz-  
215 werke mit Forschung und Wissenschaft einzubinden.

216 • Wir brauchen eine bessere Vernetzung und Kooperation zwischen Universitä-  
217 ten und Fachhochschulen mit dem Handwerk, damit einerseits die Forschung  
218 stärker an die Realität kleiner und mittlerer Unternehmen herangeführt wird und  
219 damit andererseits die Betriebe und Organisationen des Handwerks auf die

- 220 Hochschulen als Partner für Innovations- und Qualifizierungsstrategien zuge-  
221 hen.
- 222 • Wir wollen die Hochschulfreiheit erneuern, damit die Hochschulen wieder mehr  
223 Spielräume zu eigenständigen Profilbildungen haben und das Potenzial nutzen  
224 können, das in verstärkten Kooperationen mit Handwerk und Mittelstand liegen.  
225 Handlungsfelder für solche Kooperationen können der Innovationstransfer und  
226 das Management kleiner und mittlerer Unternehmen, das Engagement in der  
227 Lehrerausbildung für MINT-Fächer oder die Rekrutierung von beruflich ausge-  
228 bildetem Nachwuchs für technische oder pädagogische Fächer sein.
  - 229 • Mehr Kooperation zwischen Hochschulen und Handwerk streben wir auch an,  
230 um akademische Qualifikationsbausteine in die Meisterfortbildung und Weiter-  
231 bildung zu integrieren und um duale und triale Bildungsangebote zu etablieren,  
232 die Gesellen- und/oder Meisterprüfung mit einem B.A.-Abschluss verbinden.
  - 233 • Die bestehenden Instrumente der Innovationsförderung müssen weiterentwi-  
234 ckelt werden, damit gute Ideen nicht an Förderlogiken scheitern und kleine und  
235 mittlere Betriebe nicht durch die Komplexität der Förderstrukturen abgeschreckt  
236 werden.
  - 237 • Mehr Kooperation zwischen Hochschulen und Handwerk ist auch notwendig,  
238 um unter Studierenden mehr Interesse am Unternehmertum im Handwerk zu  
239 wecken und sie für eine Existenzgründung oder eine Unternehmensnachfolge  
240 zu interessieren.
  - 241 • Ein wichtiger Grundsatz ist für uns, dass Innovationsförderung grundsätzlich  
242 technologieoffen gestaltet wird und Politik nicht die Ergebnisse des Innovations-  
243 prozesses vorab definiert. Aus dem Bereich des Handwerks ist die Antriebs-  
244 technik von Fahrzeugen derzeit ein Beispiel für eine fragwürdige Innovations-  
245 lenkung, da einseitig auf batteriebetriebene Konzepte gesetzt wird.

## 247 **Berufliche Bildung**

248 Die nordrhein-westfälische Bildungspolitik hat unter rot-grüner Verantwortung einseitig  
249 auf die Förderung der akademischen Bildung gesetzt und hat es dabei über Jahr-  
250 zehnte hinweg versäumt, eine gerechte Balance bei der Finanzierung akademischer  
251 und beruflicher Bildung herzustellen. Wir sind dagegen der Überzeugung, dass die  
252 berufliche Bildung eine attraktive Alternative und Ergänzung zur akademischen Bil-  
253 dung ist. Denn sie bietet Qualifikation unter den Bedingungen des Wettbewerbs. Sie  
254 kann jungen Menschen den Weg in das Berufsleben ebnen und eröffnet jedem, der  
255 Leistungsbereitschaft mitbringt, eine Perspektive, die dem akademischen Karriereweg  
256 ebenbürtig ist. Der internationale Vergleich zeigt: Gerade dort, wo die berufliche Bil-  
257 dung stark ist, ist die Jugendarbeitslosigkeit gering. Und während viele Akademiker  
258 sich nach einem berufsfernen Studium schwer damit tun, eine angemessene Position  
259 zu finden, sind die Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten von Meistern besser.  
260 Sowohl im Unternehmensnachwuchs als auch im mittleren Qualifikationsniveau der Ge-  
261 sellen und Facharbeiter werden händeringend Fachkräfte gesucht. Und wo qualifi-  
262 zierte Mitarbeiter fehlen, gehen Wachstum und Arbeitsplätze verloren. Wir wissen,

263 dass die Stärke des Handwerks entscheidend mit seiner Qualifikationskultur zusam-  
264 menhängt. Wir bekennen uns deshalb nachdrücklich zum System der beruflichen Bil-  
265 dung und insbesondere zum Meisterbrief. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingun-  
266 gen für Berufliche Bildung in Nordrhein-Westfalen grundlegend verbessern.

267 • Das nordrhein-westfälische Schulsystem bringt zu viele Schulabgänger hervor,  
268 die nicht ausbildungsreif sind. Deshalb werden wir in der Schulpolitik großen  
269 Wert darauf legen, dass Schulabgänger in Nordrhein-Westfalen die Kompeten-  
270 zen mitbringen, die für das Berufsleben nötig sind. Lehrerinnen und Lehrer müs-  
271 sen dazu in die Lage versetzt werden, sich auf ihre Kernaufgabe, das Unter-  
272 richten, zu konzentrieren.

273 • Zu den notwendigen Kompetenzen gehören nicht nur Rechnen, Schreiben, Les-  
274 sen, sondern auch Leistungsbereitschaft und soziale Umgangsformen. Darüber  
275 hinaus muss sichergestellt werden, dass jeder Schüler mit Grundwissen über  
276 die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft und über die Zusammen-  
277 hänge der Wirtschafts- und Arbeitswelt erhält. Wir brauchen dazu in jeder  
278 Schulform ein starkes und profiliertes Ankerfach, das ökonomische Bildung und  
279 Wissen über Berufsbilder vermittelt.

280 • In allen Schulformen muss eine ergebnisoffene Berufsorientierung und -vorbe-  
281 reitung erfolgen. In vielen Haupt- und Realschulen erfolgt das auf Initiative der  
282 Schulgemeinschaften vorbildlich, aber an vielen Gymnasien, Gesamtschulen  
283 und Sekundarschulen gibt es Defizite, weil sie zu sehr auf akademische Berufs-  
284 bilder hin orientieren. Im Lehrerbildungsgesetz muss die Bedeutung der Berufs-  
285 orientierung und -vorbereitung für alle Schulformen klar verankert werden.

286 • Auch die Berufsorientierung und -vorbereitung liegen in der Verantwortung der  
287 Landespolitik. Wir setzen dazu auf die Kompetenzen und auf die Infrastruktur  
288 der handwerklichen Bildungsstätten und der Betriebe. Wir werden uns zusam-  
289 men mit dem Handwerk und den Arbeitsagenturen für eine Kultur der Berufs-  
290 vorbereitung einsetzen, die nicht auf eine Einheitslösung setzt, sondern die die  
291 Erfahrungen und die Kompetenzen der Betriebe und Einrichtungen vor Ort best-  
292 möglich nutzt und möglichst große Freiräume für erfolgreiche und bewährte Ko-  
293 operationen von Schulen, Handwerk und Arbeitsagenturen vor Ort schafft. Da-  
294 bei muss bei allen Maßnahmen klar sein, dass langjährige Förderkarrieren ver-  
295 mieden werden und dass das Ziel darin bestehen muss, jeden einzelnen ju-  
296 gendlichen möglichst rasch an eine Ausbildung im Betrieb heranzuführen. Die  
297 Bildungszentren der Wirtschaft können bei der Berufsorientierung eine wichtige  
298 Rolle bei der Bereitstellung von Praktikumsplätzen oder bei vertieften Potenzi-  
299 alanalysen spielen.

300 • Andere Länder wie Österreich haben gute Erfahrungen damit gemacht, berufli-  
301 che Ausbildung und Abitur miteinander zu verbinden. Wir werden uns dafür ein-  
302 setzen, dass solche Angebote im Rahmen der Prioritätensetzung auch in Nord-  
303 rhein-Westfalen ausgebaut werden, und sehen darin auch eine Chance, die ak-  
304 tuelle schulpolitische Debatte um G8 und G9 mit einem echten Reformimpuls  
305 zu verknüpfen. Damit schaffen wir die Grundlage für eine attraktive Höhere Be-

- 306 rufsbildung. Vorstellbar ist für uns, dass die Zulassung zu explizit berufsqualifi-  
307 zierenden Master-Studiengängen an eine erfolgreiche Meisterprüfung geknüpft  
308 werden kann.
- 309 • Wir bestärken das Handwerk darin, nicht nur berufliche und akademische Bil-  
310 dungsangebote in dualen und trialen Konzepten miteinander zu verzahnen,  
311 sondern sehen auch großes Potential darin, für künftige Führungskräfte im  
312 Handwerk auch berufliche Bildungsangebote oberhalb der Stufe 6 (Meisterfort-  
313 bildung) auszubauen. Dies können sowohl fachliche Spezialisierungen als auch  
314 betriebswirtschaftliche Weiterbildungsangebote sein.
  - 315 • Große Bedeutung werden künftig gewerkeübergreifende Qualifikationen haben,  
316 auf deren Grundlage komplexe Beratungs- und Planungsdienstleistungen an-  
317 geboten werden können. Gemeinsam mit dem Handwerk müssen wir dazu be-  
318 stehende Berufsbilder weiterentwickeln und die Qualitätsstandards der Fort-  
319 und Weiterbildung kontinuierlich verbessern. Für uns ist in diesem Zusammen-  
320 hang vorstellbar, auch Weiterbildungsverpflichtungen in zulassungspflichtigen  
321 Gewerken zu definieren oder mehrjährige Berufserfahrung für das Ablegen von  
322 Fortbildungsprüfungen vorauszusetzen.
  - 323 • Große Probleme nehmen wir bei der Kofinanzierung des Landes für die Bil-  
324 dungsstätten des Handwerks wahr. Hier würden wir ähnlich wie im Hochschul-  
325 bereich klare Vereinbarungen mit den Bildungsstätten schließen. Denn das  
326 Handwerk braucht verlässliche Rahmenbedingungen für die Planung und Fi-  
327 nanzierung seiner Bildungsstätten. Das derzeitige Ranking-System, wie es in  
328 Nordrhein-Westfalen praktiziert wird, ist bürokratisch aufwendig und unbere-  
329 chenbar und führt dazu, dass die Investitionen in Gebäude, in Ausstattungste-  
330 chnologie oder in Internatskapazitäten nicht sachgerecht aufeinander abge-  
331 stimmt werden können. Eine langfristige Standortplanung, die Schaffung von  
332 leistungsstarken Kompetenzzentren für Weiterbildung und Beratung oder die  
333 Sicherung des Fortbildungsbedarfs beim Lehrpersonal sind so unnötig er-  
334 schwert. Dabei wird es angesichts des demographischen Wandels darauf an-  
335 kommen, die Standorte und die Leistungsprofile der Bildungszentren verlässlich  
336 und tragfähig zu definieren.
  - 337 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Gleichwertigkeit von beruflicher und  
338 akademischer Bildung bei der individuellen Förderung von Fortbildungsschü-  
339 lern umgesetzt wird. Noch immer bestehen große Anreizunterschiede einerseits  
340 für Studenten, die in der Regel keine Studiengebühren zu zahlen haben und  
341 viele andere Vergünstigungen in Anspruch nehmen können, und andererseits  
342 für Meisterschüler oder andere Teilnehmer von Fortbildungskursen, die Kurs-  
343 oder Prüfungsgebühren zu tragen haben und nebenher voll berufstätig sind. Wir  
344 müssen das von Jürgen Rüttgers als Bundesbildungsminister vor zwei Jahr-  
345 zehnten eingeführte „Meister-BAföG“ weiterentwickeln und mehr individuelle  
346 Anreize für die Höhere Berufsbildung setzen.
  - 347 • Die Logik der Förderstrukturen darf nicht dazu führen, dass sinnvolle Planungs-  
348 entscheidungen, z.B. zum Ausbau der freiwilligen Qualifikationsstrukturen im

349 nicht zulassungspflichtigen Handwerk, bei der Umsetzung von neuen Berufspro-  
350 filen und Laufbahnkonzepten oder bei der Schaffung von überregionalen Lehr-  
351 kapazitäten für seltene Berufe, verhindert werden.

352 • Eine besondere Verantwortung hat das Land für die Berufliche Bildung bei den  
353 Berufskollegs. Viele Berufskollegs leisten vorbildliche Arbeit, aber es gibt auch  
354 große Hemmnisse bei den Rahmenbedingungen, die das Land vorgibt. So  
355 brauchen die Berufskollegs flexiblere Rahmenbedingungen, um Unterrichtsaus-  
356 fall kurzfristig durch Vertretungskräfte aufzufangen. Darüber hinaus sollte ge-  
357 prüft werden, ob den Berufskollegs die Rechtsform einer GmbH ermöglicht wer-  
358 den kann.

359 • Wir setzen uns dafür ein, dass an den Berufskollegs schnellstmöglich Transpa-  
360 renz über den tatsächlichen Unterrichtsausfall und das tatsächliche Ausmaß  
361 von fachfremd erteiltem Vertretungsunterricht geschaffen wird. Das ist für uns  
362 ein grundlegender Baustein für ein Controlling, das über Effizienzpotentiale und  
363 Finanzierungsströme schnell und zuverlässig informiert und dem Ministerium  
364 und den Schulträgern geeignete Steuerungsinstrumente an die Hand gibt.

365 • An vielen Berufskollegs ist in den gewerblich-technischen Fächern schon heute  
366 ein eklatanter Fachlehrermangel gegeben, angesichts der Altersstruktur der  
367 Lehrerkollegien und angesichts der geringen Zahl von Lehramtsstudenten für  
368 die betroffenen Fächer wird sich die Situation in den kommenden Jahren noch  
369 verschärfen.. Bei der Studienberatung für Lehramtsstudenten muss für Berufs-  
370 kollegs als späteren Einsatzort mehr geworben werden.

371 • Darüber hinaus muss das Land mehr Angebote dafür schaffen, dass Seitenein-  
372 steiger mit einer beruflichen Qualifikation berufsbegleitend eine pädagogische  
373 Qualifikation für das Lehramt an Berufskollegs erwerben. Insbesondere für  
374 Werkstattelehrer mit Meister- oder Technikerprüfung, die die notwendige pädä-  
375 gogische Erfahrung und Eignung mitbringen und oft schon als Vertretungslehrer  
376 in gewerblich-technischen Fächern eingesetzt werden, muss eine praktikable  
377 Weiterbildungsperspektive geschaffen werden.

378 • Insgesamt mangelt es in Nordrhein-Westfalen an einer abgestimmten Standort-  
379 planung und Angebotsplanung von Berufskollegs und handwerklichen Bil-  
380 dungszentren. Für uns ist wichtig, dass sich die Berufskollegs vorrangig um die  
381 Unterstützung der beruflichen Bildung kümmern und dass sie ihre knappen  
382 Ressourcen nicht in konkurrierende vollzeitschulische Angebote investieren,  
383 die die berufliche Bildung schwächen. Hier sind auch die kommunalen Schul-  
384 träger in der Verantwortung, die Profile ihrer Berufskollegs an den Bedürfnissen  
385 der Wirtschaft und der Auszubildenden auszurichten.

386

### 387 **Fachkräftesicherung**

388 Das Handwerk steht in Zukunft mehr denn je im Wettbewerb um Fachkräfte. Es muss  
389 dazu mit attraktiven Bildungsangeboten und Karriereperspektiven unterschiedliche  
390 Zielgruppen ansprechen, um sie für eine Ausbildung und Berufstätigkeit im Handwerk  
391 zu gewinnen. In vielen Branchen gibt es noch großes Potential, um Frauen für interes-

392 sante Berufsbilder zu begeistern. Auch Migranten, die in ihren Heimatländern die Tra-  
393 dition der Berufsbildung nicht kennen, sind für das Handwerk eine wichtige Zielgruppe.  
394 Zugleich muss das Handwerk durch attraktive Arbeitsbedingungen und durch Weiter-  
395 bildungsangebote dazu beitragen, Fachkräfte im Handwerk zu halten. Arbeits- und so-  
396 zialpolitische Rahmenbedingungen müssen auf die Realität kleiner und mittlerer Un-  
397 ternehmen ausgerichtet sein und dürfen diese nicht überfordern. Das Handwerk muss  
398 sich dem Wettbewerb um Fachkräfte stellen, aber es muss sich mit seinen vielfältigen  
399 Berufen überhaupt nicht verstecken.

- 400 • Der Fachkräftemangel in den gewerblich-technischen Fächern ist in Nordrhein-  
401 Westfalen auch politisch verursacht. Der wachsende Anteil von Abiturienten hat  
402 zu einer Entwertung der Bildungsabschlüsse geführt und viele jungen Men-  
403 schen der Berufsbildung entfremdet und in akademische Bildungswege mit un-  
404 klarer Berufsorientierung gelenkt. Zugleich sind in vielen Ausbildungsberufen  
405 die inhaltlichen Anforderungen enorm angestiegen. Das Handwerk muss daher  
406 mehr denn je auch Abiturienten und Studienabbrecher als Zielgruppe anspre-  
407 chen und Wege in eine attraktive Fach- oder Führungskarriere aufzeigen. Gym-  
408 nasien und Hochschulen müssen sich als Partner für Berufsorientierung und  
409 Berufsberatung stärker für das Handwerk öffnen.
- 410 • Wir werden angesichts des demographischen Wandels langfristig nicht um län-  
411 gere Lebensarbeitszeiten herkommen. Für das Handwerk besteht eine be-  
412 sondere Herausforderung darin, dafür ihre Belegschaften ein Gesundheitsma-  
413 nagement zu betreiben und Arbeitsplätze und Arbeitsprozesse so zu gestalten,  
414 dass körperliche Belastungen verringert werden. Die Digitalisierung wird hierbei  
415 viele Erleichterungen schaffen können. Dazu gehört nach unserer Auffassung  
416 auch eine gesetzliche Grundlage im Präventionsgesetz dafür, dass Arbeitneh-  
417 mer analog zum Anspruch auf Bildungsurlaub auch einen Anspruch auf Ge-  
418 sundheitstage haben.
- 419 • Zugleich ist auch klar, dass nicht jede Tätigkeit im Handwerk auch im hohen  
420 Alter noch ausgeübt werden kann. Um zu verhindern, dass Menschen aufgrund  
421 körperlicher Überforderung krankheitsbedingt aus dem Beruf ausscheiden,  
422 brauchen wir ein breites Angebot an Fortbildungen und Umschulungen, die  
423 auch bei absehbaren körperlichen Beeinträchtigungen einer weiteren Beschäf-  
424 tigung, ggfs. in anderen Bereichen erlauben. Wir brauchen dazu bessere Rah-  
425 menbedingungen für Unternehmen, die ihren Mitarbeitern Fort- und Weiterbil-  
426 dungsangebote unterbreiten und damit das Humankapital ihrer Beschäftigten  
427 erhöhen. Das beugt der Gefahr von Erwerbsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit im  
428 Alter vor.
- 429 • Um Fachkräfte im Handwerk zu halten, brauchen wir auch mehr Anreize zur  
430 Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf  
431 ist nicht nur ein Problem der Beschäftigten, sondern auch für Selbständige und  
432 deren Partner, vor allem in der Gründungsphase eines Unternehmens, ein gro-  
433 ßes Problem. Vor allem Kinderbetreuung und Pflege von kranken Angehörigen  
434 stellt für viele Erwerbstätige eine große Belastung dar. Vor allem für kleine und  
435 mittlere Unternehmen, wie sie für das Handwerk typisch sind, stellt dies eine

436 große Herausforderung dar. Hier erschweren viele Faktoren die Vereinbarkeit  
437 von Beruf und Familie, z.B. die fehlende personelle Flexibilität bei kurzfristigem  
438 Ausfall, die Grenzen für die Schaffung von Home Office-Arbeitsplätzen, hoher  
439 bürokratischer Aufwand bei sozial- und arbeitsmarktpolitischen Unterstützungs-  
440 angeboten. Hier bedarf es informeller Lösungen und persönlicher Absprachen.  
441 Auch die Kooperation von Betrieben, z.B. bei der Bereitstellung von Betreu-  
442 ungsplätzen für Kinder oder bei der Bereitstellung von Vertretungspersonal,  
443 kann helfen. Hier können die Innungen und Kreishandwerkerschaften als  
444 Dienstleister nützliche Angebote für ihre Mitgliedsbetriebe entwickeln. Auch die  
445 Kommunen sind gefordert, ein bedarfsgerechtes Angebot von Betreuungsplät-  
446 zen in Randzeiten bereitzustellen.

### 447 **Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive in Ausbildung und Arbeits-** 448 **markt**

449 Die berufliche Integration von Flüchtlingen, die in den letzten beiden Jahren zu uns  
450 gekommen sind und die eine Bleibeperspektive haben, stellt eine besondere gesell-  
451 schaftspolitische Herausforderung dar. Wir sind davon überzeugt, dass wir langfristige  
452 Probleme dieser Zuwanderung am besten lösen können, wenn es uns gelingt, mög-  
453 lichst viele der oftmals jungen Zuwanderer über schulische und berufliche Bildung in  
454 Ausbildung und Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Soziale Marktwirtschaft war schon  
455 immer ein großer Integrationsmotor, und daran hat gerade das Handwerk einen gro-  
456 ßen Anteil.

- 457 • Asylanspruch und Bleiberecht sind Fragen des Ausländerrechts. Der Bleibeans-  
458 spruch von Flüchtlingen muss in jedem Einzelfall möglichst schnell geklärt wer-  
459 den, damit Integrationsmaßnahmen frühzeitig einsetzen können. Wer bleiben  
460 darf, muss Integrationsangebote erhalten, die ihm den Weg auf den Arbeits-  
461 markt ebnen. Integrationsmaßnahmen sind aufwendig und müssen langfristig  
462 angelegt sein. Deshalb braucht Integration Rechtssicherheit für alle Beteiligten.  
463 Unabhängig von der Frage, wie wir im Asylrecht bessere Bedingungen zur In-  
464 tegration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive schaffen, können wir uns vor-  
465 stellen, das Zuwanderungsrecht weiterzuentwickeln, damit die Zuwanderung  
466 noch besser nach ökonomischen und arbeitsmarktpolitischen Kriterien gesteu-  
467 ert werden kann und Deutschland für solche Zuwanderer attraktiv ist, die durch  
468 ihre Qualifikationen wertvolle Fachkräfte für uns sind und die sich in die Werte-  
469 ordnung der Sozialen Marktwirtschaft integrieren wollen.
- 470 • Wir begrüßen sehr, dass die Bundesagentur für Arbeit, der Zentralverband des  
471 deutschen Handwerks und das Bundesministerium für Bildung und Forschung  
472 Anfang 2016 ein gemeinsames, maßgeschneidertes Programm zur beruflichen  
473 Integration vereinbart haben. Wir machen uns dafür stark, dass dieses Pro-  
474 gramm auch in Nordrhein-Westfalen schnell und umfassend umgesetzt wird.
- 475 • Die berufliche Integration kann im Handwerk vor allem deshalb gelingen, weil  
476 es hier etablierte Strukturen der Kammern, Kreishandwerkerschaften und In-  
477 nungen und ihrer Bildungszentren gibt, die Förderangebote aus einer Hand bie-  
478 ten können. Erste Modellprojekte, die das Handwerk aus eigenem Engagement  
479 in Gang gesetzt hat, zeigen, dass der größte Erfolg zu erwarten ist, wenn die

480 verschiedenen Bausteine der Förderung vom grundlegenden Spracherwerb bis  
481 hin zur Ausbildung im Betrieb reibungslos aneinander anschließen und die Zu-  
482 wanderer einen verlässlichen Ansprechpartner haben, der ihnen als Lotse im  
483 Umgang mit dem Betrieb und mit Behörden hilft. Deshalb müssen wir solche  
484 Angebote in Nordrhein-Westfalen ausbauen und ihnen seitens der Landespoli-  
485 tik die notwendige Flexibilität und Unterstützung für maßgeschneiderte Lösun-  
486 gen bieten.

487 • Die Integration in Ausbildung und Arbeit kann aber nicht alleine Aufgabe der  
488 Arbeitsagenturen und des Handwerks sein. Das Land ist insbesondere gefor-  
489 dert, in ausreichendem Umfang für die Ausbildungsreife von Zuwanderern zu  
490 sorgen. Nicht nur für den grundlegenden Spracherwerb, sondern auch für Maß-  
491 nahmen der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung von Zuwanderern muss  
492 das Land ausreichende Kapazitäten an den Schulen bereitstellen.

493

### 494 **Handwerksrecht und Handwerksorganisation**

495 Die Selbstverwaltung des Handwerks in den Kammern, Kreishandwerkerschaften und  
496 Innungen ist für uns Ausdruck gelebter Subsidiarität. Mit großem ehrenamtlichen En-  
497 gagement und mit starkem Selbstbewusstsein nimmt das Handwerk die eigenen An-  
498 gelegenheiten selbst in die Hand: das Ausbildungswesen, das Prüfungswesen, die  
499 Fort- und Weiterbildung, die Beratung der Betriebe, die Stärkung der Leistungsfähig-  
500 keit der Betriebe, die Sicherung der Qualität handwerklicher Arbeit im Sinne des Ver-  
501 braucherschutzes oder die Interessenvertretung gegenüber Politik und Verwaltung.  
502 Wir sind davon überzeugt, dass die Selbstverwaltungskultur des Handwerks nicht nur  
503 eine große Tradition, sondern auch viel Zukunftspotential hat. Wir wollen diese Orga-  
504 nisationskultur stärken und ausbauen.

505 • Die Handwerkskammern und Innungen nehmen viele Aufgaben wahr und erfül-  
506 len diese Aufgaben effizienter und sachgerechter als eine staatliche Verwal-  
507 tung. Dies zeigt sich z.B. im Sachverständigenwesen der Handwerkskammern,  
508 durch das bei Konflikten zwischen Auftraggebern und Auftragnehmern die Qua-  
509 lität der handwerklichen Arbeit überprüft werden kann. Deshalb können wir uns  
510 vorstellen, im Rahmen einer Verwaltungsmodernisierung Aufgaben, die heute  
511 von der Landesverwaltung wahrgenommen werden, an die Selbstverwaltung  
512 des Handwerks zu übertragen. Voraussetzung dafür ist, dass die Handwerks-  
513 organisationen ein entsprechendes Interesse signalisieren. Auch auf der be-  
514 trieblichen Ebene gibt es erfolgreiche Beispiele dafür, dass das Handwerk ho-  
515 heitliche Aufgaben wahrnimmt – so insbesondere bei den Schornsteinfegern  
516 und im Kfz-Gewerbe. Wir können uns deshalb bei entsprechendem Interesse  
517 seitens des Handwerks gut vorstellen, die fachliche Expertise der Handwerkbe-  
518 triebe noch stärker für die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben zu nutzen, z.B. im  
519 Wege der Beleihung.

520 • Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich mit einer Bundesratsinitiative da-  
521 für stark machen, dass die Handwerksstatistik vollständig über das Handwerk  
522 berichtet. Dazu soll auch das handwerksähnliche Gewerbe in den Berichtskreis  
523 der Handwerkszählungen aufgenommen werden. Auch die Berücksichtigung

- 524 kleiner Betriebe ohne Umsatzsteuerpflicht und ohne abhängige Beschäftigung  
525 sowie andere Berichtsmerkmale wie der Anteil der Frauen an den tätigen Per-  
526 sonen wären sinnvolle Ergänzungen der amtlichen Berichterstattung über das  
527 Handwerk.
- 528 • Viele Betriebsinhaber des zulassungspflichtigen Handwerks haben erhebliche  
529 Wettbewerbsnachteile dadurch, dass sie der Sozialversicherungspflicht unter-  
530 liegen, Inhaber von zulassungsfreien Handwerksbetrieben jedoch nicht. Sozial-  
531 politisch ist das völlig unverständlich, weil die qualifizierte Betriebsinhaber im  
532 zulassungspflichtigen Handwerk deutlich besser für das Alter vorsorgen können  
533 als die oftmals unqualifizierten Inhaber von zulassungsfreien Handwerksbetrie-  
534 ben, unter denen auch der Anteil von unsteten Erwerbsbiographien und damit  
535 das Armutrisiko im Alter deutlich höher ist. Eine CDU-geführte Landesregie-  
536 rung wird sich in einer Bundsratsinitiative dafür einsetzen, dass diese Un-  
537 gleichbehandlung abgeschafft wird.
  - 538 • Wir werden uns weiter mit voller Kraft dafür einsetzen, dass europarechtliche Ent-  
539 wicklungen nicht zu einer Schwächung der Qualifikationskultur im Handwerk füh-  
540 ren. Es widerspricht dem Grundsatz der Subsidiarität, wenn über die Dienstleis-  
541 tungsrichtlinie und andere EU-Normen Vorstöße zur Aushebelung des Gewerbe-  
542 und Berufsbildungsrechts in Deutschland unternommen werden. Wir werden es  
543 deshalb nicht zulassen, dass durch die Hintertür der Europapolitik der deutsche  
544 Meisterbrief in Frage gestellt wird. Wir brauchen in Europa keine Zentralisierung  
545 der Bildungspolitik, die nur auf eine weitere Akademisierung hinausliefere, sondern  
546 einen wirksamen Wettbewerb der Qualifizierungssysteme. Wir sind davon über-  
547 zeugt, dass in einem solchen Wettbewerb das deutsche System der Berufsbildung  
548 und mit ihm der Meisterbrief des Handwerks ausgesprochen erfolgreich und zu-  
549 kunftsfähig ist.